Inhaltsverzeichnis

LiteraturverzeichnisXVI	I
Einleitung	1
1. Teil: Ausgangspunkte und Rahmenbedingungen	7
A. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	
I. Dogmatische Herleitung, Entwicklung und Stellung im Rechtssystem7	
1. Verfassungsrechtliche Einordnung und Rechtsprechung des BVerfG7	
2. Einzelaspekte9	
a) Grundrechtsträger, Grundrechtsadressaten, mittelbare Drittwirkung	
b) Schutzbereich, Eingriffe, Grenzen10)
II. Bedeutung im Arbeitsverhältnis11	l
1. Individuelle und kollektive Ausübung13	,
2. Berücksichtigung in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung14	ļ
3. Positionen in der arbeitsrechtlichen Literatur16	í
4. Ergebnis18	Š
B. Das Entstehen personenbezogener Arbeitnehmerdaten beim	
betrieblichen Einsatz von Internet, Intranet und E-Mail	9
I. Technische Kategorien personenbezogener Daten20	
1. Bestandsdaten20	
2. Nutzungs- oder Verkehrsdaten (= Verbindungsdaten)21	
3. Abrechungs- oder Entgeltdaten	
4. Inhaltsdaten22	
II. Internet-, Intranet-, und E-Mailnutzung im Arbeitsverhältnis22	
1. Betriebliche Nutzung22	
2. Private Nutzung23	
a) Erlaubte private Nutzung23	
b) Unerlaubte private Nutzung2	
III. Technische Möglichkeiten des Datenzugriffs durch den Arbeitgeber25	
C. Rechtsgrundlagen2	26
I. Zwischenstaatliches Recht2	7



1. UN, OECD, Europarat	27
2. Europäische Union	28
II. Grundgesetz, Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Recht auf	
informationelle Selbstbestimmung	29
III. Einfachgesetzliches (Datenschutz) Recht	30
1. Telekommunikationsgesetz (TKG)	31
a) Anwendungsbereich	31
b) TKG und betriebliche Nutzung	32
c) TKG und private Nutzung	34
aa) Erlaubte private Nutzung	34
bb) Unerlaubte private Nutzung	35
2. Bisher: Teledienstedatenschutzgesetz (TDDSG) und neu:	
Telemediengesetz (TMG)	35
a) Anwendungsbereich	37
aa) TDDSG (bis 28.02.2007)	37
bb) TMG (ab 01.03.2007)	39
b) Betriebliche Nutzung	40
aa) TDDSG (bis 28.02.2007)	40
bb) TMG (ab 01.03.2007)	41
c) Private Nutzung	41
aa) Erlaubte private Nutzung	41
bb) Unerlaubte private Nutzung	42
3. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)	42
a) Anwendungsbereich	42
b) Subsidiarität des BDSG	45
c) BDSG und Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail am	
Arbeitsplatz	
IV. Sonstige Rechtsnormen - kollektiver Datenschutz	48
1. Tarifvertragliche Regelungen zum Datenschutz	49
2. Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)	49
a) Datenschutzrelevante Mitbestimmungsregelungen	50
b) Insbesondere: § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	52
aa) Normzweck	53
bb) Einzelne Tatbestandsmerkmale	53
cc) Einigung durch Abschluss einer Betriebsvereinbarung	56
c) Betriebsvereinbarung als Erlaubnisnorm zur Datenverarbeitung	58

Α١	Grenzen	der Rea	elungsmäg	rlichkeiten	in Retrieb	svereinbarungen	62
(1)	t trenzen	HEL VES	CIUNESONOS	MURKEREN	III beiner	isverennoai unizen	

2. Teil: Zulässigkeit des Umgangs mit den Daten des Arbeitnehmers im	
Zusammenhang mit der Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail 6	5
A. Erheben und Speichern von Arbeitnehmerdaten6	6
I. Begriffe "Erheben" und "Speichern"66	,
II. Zulässigkeit68	į
1. Zulässigkeit der Erhebung und Speicherung nach dem TMG bei	
privater Nutzung68	,
a) Technische Trennung der Privatnutzung von der betrieblichen	
Nutzung69)
b) Erhebung und Speicherung von Bestands- und Nutzungsdaten72	
2. Zulässigkeit der Erhebung und Speicherung nach dem TKG bei	
privater Nutzung74	ļ
a) Technische Trennung der Privatnutzung von der betrieblichen	
Nutzung74	
b) Erhebung und Speicherung von Bestands- und Verkehrsdaten75	į
3. Zulässigkeit der Erhebung und Speicherung aufgrund von Regelungen	
in Betriebsvereinbarungen77	,
4. Zulässigkeit der Erhebung und Speicherung nach dem BDSG77	
a) Vorabkontrolle durch den betrieblichen Datenschutzbeauftragten .78	
b) Struktur des Erlaubnistatbestandes § 28 BDSG80	
aa) Verhältnis der Alternativen des § 28 Abs. 1 S. 1 BDSG80	
bb) Konkrete Festlegung des Zwecks bei der Erhebung83	ì
c) Erhebung und Speicherung in Abhängigkeit von der	
Zweckbestimmung des Arbeitsverhältnisses85	į
aa) Erhebung und Speicherung von Bewerberdaten87	7
bb) Erhebung und Speicherung im laufenden Arbeitsverhältnis90)
(1) Überwachung zum Zwecke der Sicherung des ordnungsgemäßen	
Systembetriebs91	į
(2) Überwachung des gesamten Arbeitsverhaltens92	2
(3) Überwachung des Kommunikationsverhaltens94	
(a) Rechtslage bei der betrieblichen Telefondatenerfassung95	5
(b) E-Mailüberwachung90	
(aa) Allgemeine Überwachung90	5

(bb) Aniassbezogene Oberwachung99
(cc) Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten Dritter im
Rahmen der E-Mailüberwachung101
(c) Internet und Intranet102
(d) Erhebung und Speicherung besonderer Arten personenbezogener
Daten104
(aa) Offenkundig vom Betroffenen öffentlich gemachte Daten, § 28
Abs. 6 Nr. 2 BDSG105
(bb) Zur Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von
Rechtsansprüchen erforderliche Daten, § 28 Abs. 6 Nr. 3 BDSG105
(cc) Erhebung und Speicherung durch besondere Organisationen107
(e) Sonderregeln für Angehörige bestimmter Berufe und Arbeitnehmer
mit Sonderstatus109
(aa) Träger von Berufsgeheimnissen109
(bb) Journalisten und wissenschaftlich tätige Arbeitnehmer111
(cc) Arbeitnehmer mit Sonderstatus112
(dd) Betriebsrat113
cc) Erhebung und Speicherung im nachwirkenden Arbeitsverhältnis
117
III. Unterrichtung der Betroffenen117
1. Unterrichtung bei betrieblicher Nutzung117
2. Unterrichtung bei erlaubter privater Nutzung118
3. Unterrichtung Dritter119
B. Verändern und Nutzen von Arbeitnehmerdaten120
I. Begriffsbestimmungen und Abgrenzung120
1. Verändern120
2. Nutzen122
II. Zulässigkeit123
1. Zulässigkeit des Veränderns und Nutzens nach TKG und TMG123
2. Zulässigkeit des Veränderns und Nutzens nach dem BDSG bei
betrieblicher Nutzung124
a) Verändern von Arbeitnehmerdaten124
aa) Inhaltliche Fortschreibung bereits erhobener und gespeicherter
Daten124
bb) Kontextveränderung

cc) Grundsatz der konkreten Erforderlichkeit127
b) Nutzen von Arbeitnehmerdaten
aa) Nutzung im Rahmen des Erhebungszwecks gemäß § 28 Abs. 1
BDSG128
bb) Erlaubte Nutzung für einen anderen Zweck gemäß § 28 Abs. 2
BDSG129
cc) Erlaubte Nutzung für einen anderen Zweck gemäß § 28 Abs. 3
BDSG132
(1) Nutzung zur Wahrung berechtigter Interessen eines Dritten133
(2) Nutzung zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung134
3. Verändern und Nutzen besonderer Arten personenbezogener Daten135
a) Verändern und Nutzen für eigene Geschäftszwecke des
Arbeitgebers135
b) Nutzen für andere Zwecke136
4. Nutzen von Arbeitnehmerdaten in Form der automatisierten
Einzelentscheidung137
•
C. Übermitteln von Arbeitnehmerdaten140
I. Begriffsbestimmungen und Abgrenzung141
1. Übermittlungshandlung141
a) Gesetzliche Definition141
b) Weitergabe von Daten zum Zwecke der Auftragsdatenverarbeitung
142
c) Weitergabe von Daten im Rahmen der Funktionsübertragung145
d) Bereithalten zum Abruf146
e) Veröffentlichung148
2. Verantwortliche Stelle und Dritter149
a) Datenfluss innerhalb der verantwortlichen Stelle150
aa) Grundsatz der Funktionsbezogenheit150
bb) Betriebsrat151
cc) Datenschutzbeauftragter152
b) Datenfluss im Konzern152
Sonderfall "konzerndimensionales" Arbeitsverhältnis?155
II. Zulässigkeit der Übermittlung von Arbeitnehmerdaten im Inland155
1. Besondere Pflichten und Verbote im Zusammenhang mit der

2. Obermittung im Anwendungsbereich von TKO und TWO137
3. Übermittlung im Rahmen des Erhebungszwecks gemäß § 28 Abs. 1
BDSG158
Einzelfälle: 159
aa) Veröffentlichung von Arbeitnehmerdaten im Internet oder Intranet
159
bb) Datenweitergabe an externes Rechenzentrum161
cc) Datenweitergabe im Konzern162
dd) Weitergabe von Überwachungsdaten163
4. Übermittlung für einen anderen Zweck gemäß § 28 Abs. 2 BDSG164
5. Übermittlung für einen anderen Zweck gemäß § 28 Abs. 3 BDSG168
a) Nutzung zur Wahrung berechtigter Interessen eines Dritten169
b) Nutzung zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung170
6. Übermittlung besonderer Arten personenbezogener Daten171
7. Zweckbindung beim Empfänger173
8. Benachrichtigung des Betroffenen174
III. Übermittlung von Arbeitnehmerdaten ins Ausland175
1. Anwendbarkeit des BDSG175
2. Übermittlung in EU- und EWR-Mitgliedsstaaten176
3. Übermittlung in Drittstaaten177
a) Übermittlung in Drittstaaten mit angemessenem
Datenschutzniveau177
b) Übermittlung in Drittstaaten ohne angemessenes
Datenschutzniveau178
D. Die Einwilligung des Arbeitnehmers180
I. Begriff und Funktion180
II. Rechtsgrundlagen181
III. Rechtsnatur183
IV. Zeitpunkt185
V. Freiwilligkeit186
1. Bedeutung186
2. Koppelungsverbot187
3. Geeignetheit des Freiwilligkeitskriteriums im Arbeitsverhältnis188
VI. Anforderungen an die Einwilligungserklärung190
1. Formale Anforderungen 191

a) Höchstpersönlichkeit	191
b) Schriftform und elektronische Form	191
aa) Grundsatz	191
bb) Ausnahmen	192
2. Inhaltliche Anforderungen	193
a) Bestimmtheit	193
b) Rechtzeitige und umfassende Information des Betroffenen	194
VII. Grenzen der Einwilligungsmöglichkeiten	195
1. Arbeitsrechtliche Grundsätze	195
2. Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	196
3. Kollektivrechtliche Einschränkungen	197
VIII. Einwilligung in bereits gesetzlich erlaubte Datenverarbeitunge	en199
IX. Widerruf der Einwilligung und Widerspruch gegen die	
Verarbeitung	201
X. Einwilligung in die Veröffentlichung von Arbeitnehmerdaten im	1
Internet/Intranet	203
E. Rechte des Betroffenen	
I. Recht auf Benachrichtigung	
II. Auskunftsrechte	
Datenschutzrechtliche Auskunftsrechte	
Sonstige Rechte auf Auskunft oder Einsicht	
III. Widerspruchsrecht	
IV. Recht auf Berichtigung	
V. Recht auf Löschung	
VI. Recht auf Sperrung	
VII. Schadensersatzanspruch	
VIII. Sonstige Rechte und Rechtsweg	217
3. Teil: Datenschutzkontrolle und Folgen von Rechtsverstößen	219
A. Kontrolle des Arbeitnehmerdatenschutzes	219
I. Die Aufsichtsbehörde	
II. Der betriebliche Datenschutzbeauftragte	
III. Meldepflicht für Verfahren automatisierter Verarbeitungen	
IV. Der Betriebsrat	

B. Ansprüche des Arbeitnehmers auf Datenkorrektur und	
Schadensersatz	234
C. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitsrechtliche Aspekte	235
D. Arbeitsrechtliche Konsequenzen	239
E. Verwertbarkeit von rechtswidrig erlangten Daten	241
I. Rechtswidrigkeit der Verwertung aufgrund Verletzung von	
Persönlichkeitsrechten	242
II. Rechtswidrigkeit der Verwertung aufgrund Verletzung von	
Mitbestimmungsrechten	248
azit und Ausblick	253